

DIE LINKE. *im Rat*

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal Nr. 25 · September 2012

Liebe Leserin, liebe Leser,

der **Haushaltssanierungsplan** ist ein **Abbruchunternehmen**. Die Ratsmehrheit hat sich trotz der Kritik der Ratsfraktion DIE LINKE und trotz der Zweifel wegen der Risiken, die von der WZ geteilt werden, zu tiefen Einschnitten und einzelnen Einnahmeverbesserungen entschlossen. Doch kaum ist der Applaus verklungen, den sich CDUSPD selbst gespendet haben, da werden die ersten Bruchlinien deutlich.

- Die geplanten Einnahmen aus der sogenannten Bettensteuer fallen nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus. Die Verwaltung bleibt bisher die Antwort schuldig, wie die Lücke von 1,3 Millionen Euro geschlossen werden soll. Vermutlich wird es auf weitere Kürzungen hinauslaufen. Wann wird endlich Schluss sein mit dieser Klüngels-Politik zugunsten der Hotelbesitzer und anderer reichen Städte?
- Vor Beginn der Ferien konnte man im Einwohnermeldeamt die Auswirkungen solcher Kürzungen am eigenen Leibe spüren. Wer den ab diesem Jahr erzwungenen Reisepass für Kinder beantragen wollte oder seinen Personalausweis verlängern lassen musste, hatte mit langen Warte- und Bearbeitungszeiten zu rechnen.
- Der Sozialdezernent Dr. Kühn rechnet damit, Bürgerkriegsflüchtlinge in den Kosovo oder den Irak kostensenkend zurückschicken zu können. Nun hat das Bundesverfassungsgericht den Menschen, die um Asyl nachsuchen, ein Existenzminimum zugesichert, das den anderen Sozialhilfesätzen entspricht. Asylbewerber sind keine Menschen zweiter Klasse.

Die Folge ist, dass die Stadtverwaltung jetzt mehr Geld aufwenden muss. Dieses Geld war im Haushaltsplan nicht eingeplant.



Bernhard Sander

Kürzungen beim ÖPNV – Schritt in die falsche Richtung

Die WSW reden von „moderaten Einschnitten“ – die Fraktion DIE LINKE sagt: Das ist nur der Anfang von weit umfangreicheren Kürzungen. DIE LINKE wird dem in der kommenden Ratssitzung nicht zustimmen. Die Pläne der WSW sehen so aus: um 2 Mio. Euro soll gekürzt werden, 30 Leute sollen beim Personal „eingespart“ werden, und vor allem bei den Schnellbuslinien (CE) sowie im Westen der Stadt wird es heftige Einschränkungen für die Fahrgäste geben.

ÖPNV muss keinen Gewinn machen

Dass es finanzielle Probleme beim öffentlichen Personenverkehr gibt, war schon immer so. Gewinne lassen sich nicht erzielen. Bislang wurde das Defizit durch die WSW selbst ausgeglichen, indem Gewinne aus der ertragreichen Sparte Strom und Gas eingesetzt wurden, um den Verkehr mitzufinanzieren. Das aber geht so einfach nicht mehr, seit private Investoren (GdF/Suez) einen Teil dieser Sparte erworben haben und natürlich ihren Gewinn aus der Lieferung von Strom und Gas behalten wollen. Private Investoren wollen Profite machen. Und dieses Geld fehlt nun.

Weniger Buslinien, weniger Fahrgäste

Die WSW rechnen selbst damit, dass Menschen, die sich für die Benutzung von Bussen entschieden hatten, wieder dauerhaft auf ein eigenes Fahrzeug zurückgreifen und damit als Kunden

für die WSW – und die Umwelt – verloren gehen!

Für den Ausbau des ÖPNV

Statt Leistungen einzuschränken, müsste der ÖPNV, auch aus Gründen der ökologischen Vernunft, attraktiver gemacht werden! Öffentlicher Personenverkehr muss ein zentrales Mittel sein, den meisten Menschen Bewegungsfreiheit zu ermöglichen. 2014 steht der neue Nahverkehrsplan auf der Tagesordnung. Wir müssen laut protestieren, damit es nicht noch schlimmer kommt. ●

Finden Sie die Unterschiede!



Kleiner Erfolg

Aufgrund eines Antrags der Fraktion DIE LINKE können nun mehr Menschen bei Veranstaltungen des städtischen Orchesters 10 Minuten vor Beginn der Konzerte alle noch verfügbaren Karten zum Preis von 8 Euro erwerben. Diese Möglichkeit steht jetzt nicht nur Schülern und Studenten, sondern auch Personen, die Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII erhalten, und Wuppertalpass-BesitzerInnen offen. Nur bei Sonntagsmatineen konnte und kann dieser Personenkreis ein billigeres Ticket für 6 Euro erwerben. Allerdings nur für Plätze der günstigsten Kategorie. Bisher konnte man für 8 Euro nur Karten der günstigsten Kategorie erwerben – auch dann, wenn bessere Plätze frei blieben. DIE LINKE hatte schon im Mai 2008 Last-Minute-Karten für diesen Personenkreis gefordert. Allerdings auch für die Bühnen und für 3 Euro. Die nun beschlossene Regelung ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Denn für die BezieherInnen von Sozialleistungen sind die regulären Eintrittspreise nicht zu finanzieren, und auch 8 Euro sind noch eindeutig zu viel. Deshalb bleiben wir bei diesem Thema am Ball. Besetzte Plätze, für die nur 3 Euro entrichtet wurden, sind allemal besser als leere Plätze! ●

Vieles stinkt am Uhlenbruch S.2
Zahlen müssen immer wir S.3
Streichungen bei Lernmitteln S.4

Vieles stinkt am Uhlenbruch

Im Sommer 2011 ging das Asphaltmischwerk am Uhlenbruch in Betrieb. Im Dezember 2010 erst hatten die AnwohnerInnen aus der Lokalpresse erfahren, dass der Bau einer solchen Anlage geplant ist. Zu diesem Zeitpunkt aber hatte die Bezirksregierung schon die Anträge geprüft und grünes Licht für Bau und Betrieb des Werkes gegeben. Die Stadtverwaltung nickte das Vorhaben ab – ohne die Bezirksvertretung Oberbarmen, den Ausschuss für Bauplanung und den Rat überhaupt zu fragen – und erteilte die förmliche Baugenehmigung und später die vorläufige Betriebsgenehmigung. Eine – im Baugesetzbuch vorgeschriebene! – frühzeitige Anhörung der BürgerInnen hielt man ebenfalls für überflüssig. Die NRW Asphalt-Mischwerk GmbH & Co. KG errichtete auf einem Teil des Geländes der Entsorgungsfirma Remondis ein solches Werk, um dort alten Asphalt für den Straßenbau aufzubereiten. Die Stadt teilte damals der WZ mit, dass man gemeinsam mit dem Unternehmen „ein transparentes Verfahren“ und eine „gute Kommunikation“ in der Nachbarschaft und bei Rückfragen aus der Politik anstrebe. Dabei hatte die Verwaltung bereits zu diesem Zeitpunkt die Chance zu Transparenz und Kommunikation verpasst. Nicht einmal die Bezirksvertretung Oberbarmen war über das Vorhaben informiert. Die BezirksvertreterInnen und AnwohnerInnen befürchteten ein Verkehrschaos und weitere



Beeinträchtigungen. Diese wurden von der Stadt verneint. Das Asphaltmischwerk wurde im Sommer 2011 fertiggestellt und nahm seinen halbjährigen Testbetrieb mit laut Stadt intensiven Messungen zu Luftschadstoffen und zur Lärmbelastung auf. Dies geschah bei noch nicht voller Auslastung des Werks. Aber bereits zu diesem Zeitpunkt verstärkten sich die Beschwerden der AnwohnerInnen über Verkehrs-, Lärm- und Geruchsbelastungen. Hinzu kommen die Befürchtungen über weitere Beeinträchtigungen der Lebensqualität durch den Bau des IKEA-Homeparks. Dennoch waren die neuentstandene Bürgerinitiative und der Anlagenbetreiber auf der Suche nach einvernehmlichen Lösungen und dazu wurde ein runder Tisch vereinbart, der aber bis heute nicht zusammengekommen ist. Die Stadt sieht sich nun mit Widersprüchen und einer Klage gegen das Asphaltmischwerk konfrontiert. Und die Beschwerden nehmen nicht ab.

Doch keine Gesprächsbereitschaft bei den Betreibern

Zur Klärung suchte die Ratsfraktion DIE LINKE Kontakt zu den Betreibern, die immer wieder betont hatten, dass sie gesprächsbereit seien. Aber ein Gesprächs- und Besichtigungstermin wurde der Fraktion verweigert. Den Hinweis auf ein anhängiges Verfahren vor dem Verwaltungsgericht halten wir für eine Ausrede. Durch einen solchen Prozess können berechnete Informationsinteressen nicht auf Eis gelegt werden. Schließlich ist es Aufgabe der Ratsfraktionen, die Grundlage bereits getroffener und künftiger Entscheidungen der Verwaltung kennen zu lernen, um der gesetzlichen Aufgabe, die Verwaltung zu kontrollieren und geeignete Ratsentscheidungen zu treffen, nachkommen zu können. ●

www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de/nc/politik/antraegeanfragen

Kampf gegen Niedriglohn und unsichere Beschäftigungen – hält das neue Vergaberecht NRW, was es verspricht?

Aufträge öffentlicher Einrichtungen, etwa von Kommunen und Regionaleinrichtungen, sind ein wichtiger Faktor für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Allerdings galt bislang, dass bei Ausschreibungen öffentlicher Aufträge grundsätzlich das im Ergebnis preisgünstigste, d. h. billigste, Angebot genommen werden musste. Damit war Lohndumping die Tür einen breiten Spalt weit geöffnet, auch wenn dies offiziell immer wieder bestritten wurde. Aber immer wieder kam es vor, dass Mitarbeiter der Zollbehörde auf Baustellen für öffentliche Gebäude illegal beschäftigte Personen entdeckten, die weder regulär bezahlt wurden noch versichert waren. Noch in diesem Sommer musste der LVR (Landschaftsverband Rheinland) die Erfahrung machen, dass auf seiner Baustelle beim Klinikum in Essen Arbeiter aus Polen in Streik traten, weil sie von dem Unternehmer, der für den LVR einen Teil der Bauarbeiten durchführen sollte, seit Wochen keinen Lohn erhalten hatten und nicht mehr wussten, wovon sie Unterkunft und Essen bezahlen sollten! Auf einer öffentlichen Baustelle also schlimmste und existenziell bedrohliche Arbeitsbedingungen.

Jetzt allerdings gilt seit einigen Monaten das Vergabegesetz für NRW

Bei größeren Aufträgen müssen Kommunen, Regionalbehörden und andere öffentliche Auftraggeber dafür Sorge tragen, dass reguläre, angemessene Arbeitsbedingungen herrschen, wenn sie private Unternehmen bspw. mit der Lieferung von Waren oder der Errichtung eines Bauwerkes beauftragen. Spontan regte sich Widerstand, wurde die Frage gestellt, welcher mittelständische Unternehmer zu solchen Bedingungen denn Aufträge annehmen wird! Dabei ist ein Stundenlohn von 8,62 Euro nun wirklich nicht die Welt, und dass MitarbeiterInnen sozialversichert sind, sollte doch auch kein Hindernis darstellen! Oder? Allerdings gibt es in der Tat Probleme: Bei größeren Aufträgen werden regelmäßig Subunternehmen eingeschaltet. Und deren Arbeitsbedingungen werden oft nicht durch den Hauptunternehmer kontrolliert – logisch: Je billiger das Angebot des Subunternehmers, desto höher der Profit für den Hauptunternehmer. Ab jetzt sind Betriebe, die für die Durchführung öffentlicher Aufträge eingeschaltet werden, zentral in NRW zu registrieren. Deren Arbeitsbedingungen werden überprüft. – Allerdings: Wer es einmal in die Liste der zugelassenen Betriebe geschafft hat, kann für längere Zeit sicher sein, keine laufenden Kontrollen zu erleben. Das ist nämlich derzeit gar nicht leistbar. Ein Risiko für künftiges Lohndumping allerdings bleibt: Fällt ein Betrieb später wegen illegaler Arbeitsbedingungen auf, ist die Auftragsvergabe nichtig. Das Gesetz ist wirklich nicht perfekt, aber es ist ein erster Fortschritt. Ein Fortschritt auch für die Auftraggeber in öffentlichen Behörden: Es muss nicht mehr das preiswerteste Angebot genommen werden, wenn Bedenken gegen die Arbeitsbedingungen bestehen. **Gefahr unterbezahlter Beschäftigung lauert allerdings nach wie vor:** Immer häufiger greifen Kommunen – auch Wuppertal! – auf den so genannten zweiten Arbeitsmarkt zurück. Das heißt, öffentliche Aufträge werden mit 1,50-Euro-Arbeitskräften umgesetzt. Dies geschah bei Projekten der Regionale 2006, beim Ausbau der Nordbahntrasse, bei der Teilsanierung der Zuschauertribünen im Stadion am Zoo. **Solange es solche Schlupflöcher gibt, ist das neue Vergaberecht eine halbe Sache.** ●

„An der Politik sollte endlich mal gespart werden“!

Dies haben einige Bürgerinnen und Bürger gefordert, als es darum ging, Wuppertaler Haushaltsausgaben zu kürzen. Diese Forderung gibt zu denken: An „der Politik“ lässt sich nicht sparen – sie ist immer vorhanden und wirksam. **Sparen ließe sich an Politikern und Politikerinnen.** Aber wie?

Schon stellen sich Vertreter der FDP hin und fordern vollmundig, zwei Bezirksvertretungen aufzulösen – um zu sparen. Früher vertrat auch die CDU-Fraktion diese Forderung, ist davon aber – zumindest vorübergehend – abgerückt. Verkauft wird das Ganze mit „**Wir sparen an uns selbst**“!

Wie uneigennützig! Offensichtlich merken die Vertreter nicht einmal, dass sie nicht zu ihrem Vergnügen in Bezirksvertretungen gewählt sind, sondern dort einen Job zu erledigen haben! Wer aber meint, die politischen Gremien seien Plätze zum eigenen Vergnügen, seien Plätze, um sich selbst Vorteile zu verschaffen, der kann natürlich solche Forderungen als bürgerlich aufstellen. Nur haben diese Herrschaften von Politik keine Ahnung und in solchen Gremien dann auch nichts zu suchen! In den Bezirksvertretungen und im Rat mit seinen

Gremien geht es darum, Politik zu gestalten, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert. Und plötzlich einige Stadtteile ohne Bezirksvertretung stehen zu lassen, kann nicht die Antwort auf der Suche nach verantwortlicher Politik sein.

Politik gibt es immer – ob mit oder ohne gewählte Vertreter/innen. Nur gibt es dann noch weniger Einfluss auf die Inhalte der Politik, wenn gewählte Gremien aufgelöst werden – weil angeblich kein Geld da ist. Konsequenz zu Ende gedacht hieße dies nämlich: Je weniger Geld eine Kommune oder ein Staat haben, desto angebrachter wäre es, wenn nur Wenige Politik machen – das heißt, statt mit Parlaments- und Ratsbeschlüssen würden Entscheidungen per Notverordnungen getroffen! Dass dabei nichts Gutes herauskommt, sollten wir in Deutschland begriffen haben.

Eine ganz andere Frage ist es, über die Höhe der Bezüge von PolitikerInnen zu reden. Als DIE LINKE im Stadtrat dies 2004 versuchte, wurde sie allerdings mitleidig darauf hingewiesen, dass über diese Frage der Stadtrat

überhaupt nicht zu entscheiden hat, sondern die Höhe der Aufwandsentschädigungen vom Land NRW festgelegt wird. Umso unappetitlicher ist es, wenn gerade jetzt bekannt wird, dass einige Politiker ihr Amt ausnutzen, um Vergünstigungen in Form kostenloser goldener VIP-Karten beim WSV zu erhalten!

So viel also zur Behauptung: **Wir wollen an uns selbst sparen!** Tatsächlich will von den Herren niemand „an sich selbst“ sparen, sondern an gewählten demokratischen Einrichtungen.

Wenn viele Bürgerinnen und Bürger meinen, die eine oder andere Bezirksvertretung sei entbehrlich, so wird es allerhöchste Zeit, die Aufgaben und die Qualität der Arbeit in diesen Vertretungen zu untersuchen und zu verbessern. ●



Europa hat doch mit Wuppertal nix zu tun – oder doch? Zahlen müssen immer wir Fiskalpakt, „Stärkungspakt Stadtfinanzen“, Haushaltssanierungsplan

Um ihrem Fiskalpakt im Bundesrat die notwendige Mehrheit zu sichern, hat die Bundesregierung sich nicht lumpen lassen und den Ländern, die ja für die Städte haften, einiges zugesichert. Steht also Wuppertal nun ein Geldsegen ins Haus? DIE LINKE macht ein paar kritische Anmerkungen dazu:

1. Die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung belasten den Wuppertaler Haushalt. Wenn der Bund hier endlich anerkennt, dass das eine bundespolitische Aufgabe ist, dann ist das nur recht und billig. Aber warum erst ab der kommenden Bundestagsperiode und nicht sofort?!
2. Bei der Grundsicherung im Alter werden endlich die aktuellen Netto-Zahlungen erstattet.
3. Der Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz für ein Drittel der unter Dreijährigen wurde von der Bundesregierung beschlossen. Jetzt soll es einmalig auch einen Baukostenzuschuss geben. Viel zu spät. Gerade finanzschwache Kommunen und Träger werden Schwierigkeiten bekommen, ihren Eigenanteil aufzubringen. Und wer trägt die Betriebskosten? 75 Millionen für 16 Bundesländer und Tausende von Einrichtungen – das ist ein Fliegensch... und die Frage bleibt: Woher soll qualifiziertes Fachpersonal so schnell kommen, und wer bezahlt die ErzieherInnen?

Der Fiskalpakt soll die Staaten Europas zu einer Schuldenbremse zwingen, wie sie CDUSPD 2005 mit Zustimmung von FDPGrünen bereits in das Grundgesetz eingebaut haben. Ein sogenannter Stabilitätsrat aus Landes- und Bundesministern soll das in Deutschland überwachen und Kürzungsaufgaben erlassen. Dann ist Griechenland nicht mehr weit weg. Der Stabilitätsrat kann sich also über den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ hinwegsetzen. Die Kommunen haben darin nur beratende Stimme. Das hat mit kommunaler Selbstverwaltung, wie sie im Grundgesetz steht, nicht viel zu tun. Dafür bleibt aber unklar, ob die Kommunen bluten müssen, wenn Bund oder Länder Strafzahlungen leisten müssen, wenn die Verschuldung von Bund und Ländern die sogenannten Maastricht-Kriterien verletzt. Dann heißt es „Mitgefangen – Mitgehangen“. Die bessere Schuldenbremse heißt für Wuppertal immer noch: Mehr Steuern für die Reichen. Damit das Gewicht der Städte bei solchen Verhandlungen künftig mehr wiegt, muss das Gewicht der LINKEN bei Entscheidungen in Bund, Land und Kommune zunehmen. ●

Letzte Meldung: Stopp für IKEA?

Der Petitionsausschuss des Landtags hat einem Bürger gegenüber erklärt, dass die geplante Ansiedlung des IKEA-Homeparks zukünftigen landesplanerischen Regelungen widersprechen würde. Damit wird auch die ablehnende Haltung der Ratsfraktion DIE LINKE in dieser Frage bestätigt. ●

Haushaltssanierungsplan

Streichung der Übernahme des Elternanteils bei Lernmitteln



Es war nur eine kurze Mitteilung der Stadtverwaltung, die die Schulen noch vor den Sommerferien erreichte. Der Rat der Stadt Wuppertal habe das Haushaltssanierungspaket beschlossen. Der Ratsbeschluss beinhalte u.a., „dass Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach den SGB II (Hartz IV-Empfänger) und dem Asylbewerbergesetz ab dem kommenden Schuljahr 2012/2013 keinen Anspruch mehr auf Befreiung der ‚Freien Lernmittel (Schulbücher)‘ haben“.

Zur Information: Bis zu diesem Zeitpunkt war die Regelung gültig, dass bedürftige Familien (Bezieher von Transferleistungen) den gesetzlich vorgeschriebenen Eigenanteil zu den Schulbüchern ersetzt bekamen, denn Bildungsausgaben sind im Regelsatz für Kinder gar nicht berücksichtigt.

Nun also muss auch dieser Anteil noch selbst finanziert werden. Dafür – so wurde uns mitgeteilt – gäbe es ja die 70 Euro an zusätzlichen Leistungen zum Schuljahresanfang. **Interessant:** denn dieses „Schulstarterpaket“ gab es auch schon in den letzten Jahren, als die Regelung zur Übernahme der Freien Lernmittel noch galt. Außerdem ist dieses Geld gedacht zur adäquaten Grundausstattung der Schülerinnen und Schüler am Schuljahresanfang und ist auch so schon viel zu gering bemessen. Schließlich sollen daraus finanziert werden: Schreibmaterial, Mäppchen, Hefte, Zeichen- und Bastelmaterial, Turnbeutel und Turnschuhe, Butterbrotdose und Trinkflasche, Schultasche und ... jetzt auch noch 26 Euro (bzw. 12) für die Schulbücher.

In kaum einem anderen europäischen Land ist der Bildungserfolg von Kindern so abhängig vom sozialen Status ihrer Eltern wie in Deutsch-

land. Dies ist bereits so oft hinreichend wissenschaftlich bewiesen und dokumentiert worden. Und Bund, Länder und Städte tun alles, um diese Chancenungleichheit weiter zu zementieren.

Wer fragt schon danach, wie sich Kinder fühlen, die schon am Beginn eines neuen Schuljahres nicht die notwendige Grundausstattung an Schulmaterialien besitzen und die ohne Schulbücher zur Schule kommen, die somit gar nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben so zu erledigen, wie sie es selbst gerne wollten?

Schulbücher und Schulmaterialien sind sicher nicht die einzigen Garanten für Schulerfolg. Natürlich nicht – aber sie sind eine wichtige Voraussetzung, um Schulmotivation und Lernfreude zu erhalten, und ein wichtiger Motor um adäquate schulische Teilhabe für jedes Kind zu gewährleisten. Jede Regelung, die gleiche Startchancen in diesem Bereich weiter einschränkt, zielt absolut in die falsche Richtung! Kinder aus prekären Verhältnissen brauchen mehr Unterstützung – auch in materieller

Hinsicht – um ihre Fähigkeiten entfalten zu können.

Die Stadt Wuppertal sollte ihren Haushalt nicht auf Kosten der Schwächsten sanieren.

Nach Auffassung des Sozialhilfevereins Tacheles hat die Koalition im Rat mit der Begründung der Mittelkürzung sowohl die eigenen Reihen als auch die Öffentlichkeit getäuscht. Kommunale Schulleistungen mit Verweis auf das Bildungs- und Teilhabepaket abzubauen, sei ein verheerendes bildungspolitisches Signal. Der Verein fordert die Parteien im Rat auf, die städtischen Sparkommissare zurückzupfeifen und bei der Sanierung der Stadtfinanzen die soziale Spaltung nicht weiter zu verschärfen. „Eltern wissen, dass ein 100-Euro-Budget für ein Schuljahr kaum ausreicht. Wer hier den Rotstift ansetzt, handelt ohne jegliches soziales Augenmaß“, so der Tacheles-Sprecher Frank Jäger.

Haushaltssanierungsplan

Achtung! Eltern mit Kindern! Spielplätze vor dem Verkauf



Es ist beschlossen: Ab dem Jahr 2016 werden im Zuge der „Haushaltskonsolidierung“ in Wuppertal Spielplatzgrundstücke verkauft. Die Stadt rechnet aus den Verkäufen mit einem jährlichen Erlös von rund 250.000,- Euro. Bereits Ende Mai wurde mit den Arbeiten an einem Spielplatzbedarfsplan begonnen. Der Vertreter unserer Partei im Jugendhilfeausschuss (JHA), Dirk Krüger, hat sofort Protest gegen die Pläne vorgetragen und den Protest immer wiederholt, wenn der Spielplatzverkauf im JHA auf der Tagesordnung stand. Selbst überregionale Zeitungen höhnten: „Wuppertal saniert seine maroden Finanzen mit dem Verkauf von Spielplätzen!“ Der zuständige Sozialdezernent, Dr. Stefan Kühn, wiederholte bei den verschiedensten Gelegenheiten gebetsmühlenartig, dass noch keine konkreten Entscheidungen getroffen seien, welche Spiel- und Bolzplätze aufgegeben und zum Verkauf angeboten würden. Außerdem müsse über jede einzelne Fläche in den Bezirksvertretungen und im JHA entschieden werden. Das ist eine bzw. seine bewusst gewählte Beruhigungsspielle, denn er versäumt, darauf hinzuweisen, dass es dazu bereits einen verbindlichen Ratsbeschluss gibt. Den kann selbst eine Bezirksvertretung oder der JHA nicht vom Tisch fegen. Ein Bewertungskriterium soll der Zustand des jeweiligen Spielplatzes sein. Nun wissen aufmerksame Beobachter, dass die Stadt in etliche Spielplätze seit Jahren nichts investiert hat. Es wurde bewusst in Kauf genommen, dass die Spielgeräte und die Spielflächen verkommen. Wen wundert es, dass Kinder da nicht mehr spielen wollen. Auch die Eltern mussten sich Sorgen machen. Einige Spielplätze mussten wegen Sicherheitsmängeln geschlossen werden. Wir rufen alle Eltern dazu auf, zusammen mit ihren Kindern Protestaktionen vorzubereiten. Sobald wir konkrete Verkaufspläne erfahren, werden wir die betroffenen Eltern und Kinder informieren.

Dr. Dirk Krüger, Vertreter der Fraktion DIE LINKE
im Jugendhilfeausschuss und in der Bezirksvertretung Barmen

DIE LINKE.
im Rat

Impressum:

Herausgegeben von
der Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Wuppertal,
Rathaus, Zimmer 242,
Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal,
Telefon und Fax: 0202 563-6677
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de
E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ursula Albel,
Elisabeth August, Dr. Wolfgang Fenner, Hartmut Kissing,
Dr. Dirk Krüger, Bernhard Sander, Gerd-Peter Zielezinski
Redaktionsschluss: 28. August 2012
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal
Auflage: 80.000. Die Abgabe erfolgt kostenlos.

der Stadt
Wuppertal